Volkszeitung ist zweifelsohne, daß sie ihre eigenen Lügen entlarvt. Hier ist der Beweis für ihren Schwindel:

Spalte 1 der Ausgabe vom 21. 7., Seite 2:	Spalte 7 derselben Ausgabe, gleiche Seite:
„Sie behaupteten, ein sozialdemokratischer Abgeordneter habe gerufen, daß die Kommunisten Zentnerbrüder bestellt hätten. Das ist aber nicht wahr."	**„Daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter gerufen hat: „Die Leute sind wohl von der Zentralherberge bestellt!" geschah wohl, weil sowohl von der Tribüne wie durch kommunistische Abgeordnete die Sozialdemokratie grundlos und unflätig beschimpft wurde."**

Diese Sätze aus der Volkszeitung selbst genügen, um nachzuweisen, daß die SPD-Abgeordneten sich als Provokateure betätigt haben zu dem einzigen Zweck, das Konto der sozialdemokratischen Verbrechen zu entlasten.

Herr Weckel, dienstbeflissen wie immer, beeilte sich, wie wir bereits erwähnten, dem Dresdner Anzeiger eine Berichtigung einzusenden, durch welche er dem Bürgertum einmal wieder seine Ergebenheit bekundet. Herr Weckel stützt sich auf das Landtagsstenogramm, verschweigt aber, daß das Stenogramm, soweit es bei dem von SPD-Ebert provozierten Spektakel überhaupt den Stenographen möglich war, zu folgen, nicht die Provokation des Abgeordneten Ebert enthält und auch nicht die unflätigen Schimpfworte der SPD-Abgeordneten. Herr Weckel sagt in seiner Zuschrift:

„Es ist also nicht richtig, daß der Präsident von sich aus die Abgeordneten Siegel und Sindermann auf 21 Tage ausgeschlossen hat, vielmehr haben sich diese Abgeordneten auf Grund der Geschäftsordnung durch ihr Verhalten von selbst diesen Ausschluß zugezogen."

Wir erklären, Herr Weckel hat lediglich die SPD-Provokateure unterstützt, er hat sehr genau gehört, wie seine Fraktionsgenossen randalierten. Er lügt ganz einfach die Oeffentlichkeit an, um die schändliche Handhabung der Geschäftsordnung gegen die Kommunisten zu „rechtfertigen".

Daß er es darauf abgesehen hatte, die ganze kommunistische Fraktion herauszuwerfen, beweist folgendes: Der Genosse Wehner brandmarkte die sozialdemokratische Fraktion, die sich nicht entblödet, Arbeitslose zu beschimpfen, und stellte fest, daß die SPD-Abgeordneten

sich in den unflätigsten Anwürfen gegen die Kommunisten gefielen, um durch diese Provokation die Landtagssitzung zu sprengen, damit sie zu dem kommunistischen Antrag auf Einführung des Siebenstundentages vor der Reichstagswahl nicht mehr Stellung zu nehmen brauchten.

Herr Weckel versuchte, den Genossen Wehner, dem er zweimal einen Ordnungsruf erteilte, offensichtlich auch herauszuwerfen. Mit der schärfsten Betonung kreischte dieser SPD-Präsident der sächsischen Kapitalisten, daß niemand seine Geschäftsführung zu kritisieren habe. Die Kommunisten gingen aber auf die Provokation dieses selbstherrlichen Landtagspräsidenten der sächsischen Ausbeuter nicht ein.

Mutschmann und Hitler befehlen:

„Antreten zum Streikbruch"

Nazi-Streikbrecher in der Vomag / Mordstaffel und Polizei schützen diese Halunken

Plauen, 23. Juli. (Eig. Bericht.)

Die Leitung der NSDAP in Plauen, die unter der Führung des Unternehmers Mutschmann steht, hat an ihre Mitglieder die Aufforderung gerichtet, der streikenden „Vomag"-Belegschaft in den Rücken zu fallen und Streikbruch zu begehen. Gestern hatten sich deshalb vor dem Betrieb verstärkte Streikposten eingefunden. Trotz dem Polizeiaufgebot gelang es nur einzelnen Nazis, in den Betrieb zu gelangen. Nach Arbeitsschluß erschien neben einem Polizeiaufgebot eine der berüchtigten Mordstaffeln der NSDAP, die den Nazi-Stadtverordneten Koch, der sich unter den Streikbrechern befindet, vor den empörten Arbeitern zu schützen versuchte.

Neben den Nazis haben auch Elemente aus der Organisation Reichsflagge versucht, die schändliche Tätigkeit als Streikbrecher aufzunehmen. Einige Arbeiter, die über den Sachverhalt nicht unterrichtet waren, konnten von den Streikposten sofort überzeugt werden. Im Laufe des Vormittags gab es einige Denkzettel für ganz besonders hartgesottene Nazis.

Nach Arbeitsschluß hatte sich vor dem Betrieb eine große Anzahl Erwerbslose eingefunden, die den Streikposten behilflich waren, den Streikbrechern eine Abreibung für ihr schändliches Tun zu verschaffen. Ein Ueberfallwagen der Sipo kam sofort angerast, um die Unternehmerknechte zu schützen. Wie innig verbunden sich die Sipo mit den Streikbrechern fühlt, geht daraus hervor, daß sie gewaltsam ein Plakat entfernte, auf dem nur die Tatsachen bekanntgegeben wurden, daß die Belegschaft der „Vomag" streikt.

Die Hitlerpartei hat damit wieder einmal den Streikbruch — eines der gemeinsten Verbrechen an der Arbeiterschaft — auf ihre blutbesudelte Hakenkreuzfahne geschrieben. Das kennzeichnet zur Genüge den wahren Charakter dieser sogenannten „Arbeiterpartei". Die Trustbourgeoisie befiehlt Lohnabbau, um die Lasten des Youngplanes auf die Arbeiterschaft abzuwälzen und die Nazis mobilisieren ihre Mordstaffeln, um den Befehl auszuführen. Hatten die Nazis doch schon vor dem Streik in einem Flugblatt erklärt: **„Es gibt keinen anderen Ausweg als Lohnabbau."**

Der Hauptaktionär der „Vomag", der bekannte Jude Oppenheimer in Köln, wird sich über die Streikbrechertätigkeit seiner Nazis in Plauen mit Recht freuen.

Die Plauener Arbeiterschaft übt nach wie vor die aktive Solidarität mit der streikenden Belegschaft. Es gilt besonders hervorzuheben, daß die Erwerbslosen mit den Streikenden in einer Front stehen und die Belegschaft in ihrem Kampf tatkräftig unterstützen.

Die sächsische Metallarbeiterschaft muß dem Ruf der „Vomag"-Belegschaft, sich ihrem Kampf anzuschließen, Folge leisten, damit die Voraussetzung geschaffen wird, die Lohnraubpläne der sächsischen Metallindustriellen zurückzuschlagen und die berechtigten Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. **Verbreitet die Kampffront!** Das ist die Parole.

Brünings Raubpläne werden erweitert

500-Millionen-Raub an den Kranken — Weiterer Abbau der Erwerbslosen-Unterstützung — Steuersenkung für Kapitalisten?

Morgen wird sich das Kabinett mit den übrigen Notverordnungen zur Deckung des Etats befassen. Die bürgerliche Presse kündigt bereits an, daß nicht nur die gesamten Massensteuern, die die Young-Parteien aus Furcht vor der Wählerschaft abgelehnt haben, durch Notverordnungen erneut durchgeführt werden sollen, also Negersteuer, Ledigensteuer, Schankverzehrsteuer, Notopfer. Darüber hinaus will Brüning, wie verlautet, auch den Abbau der Erwerbslosenversicherung und den 500-Millionen-Raub an der Krankenversicherung mit Hindenburgs Diktaturartikel vornehmen. Ja, das „Berliner Tageblatt" beschäftigt sich sogar ernstlich mit der Frage, ob Brüning nicht auch mit dem Artikel 48 die Senkung der Besitzsteuern, insbesondere der Kapitalertragssteuer, herbeiführen wird.

Zum Kampf gerüstet / Die Plenartagung des ZK der KPD

Am 16. und 17. Juli tagte in Berlin das Plenum des Zentralkomitees der KPD. Nach einem umfassenden Referat des Führers unserer Partei, Genossen Ernst Thälmann, über die Entwicklung der Krise des Kapitalismus in Deutschland und die Erfahrungen und neuen Methoden unserer revolutionären Massenarbeit befaßte sich die Plenartagung der Parteiführung in gründlicher Diskussion mit allen Problemen, die durch das Referat aufgerollt und durch die politische Resolution des Pol-Büros vor dem Zentralkomitee zur Entscheidung gestellt waren.

Acht Tage nach dem Plenum des ZK erfolgte die Reichstagsauflösung. Der Wahlkampf, der vor der Kommunistischen Partei Deutschlands liegt, hat eine entscheidendere und tiefere Bedeutung als eine gewöhnliche parlamentarische Abstimmung in anderen Zeiten. Die Tatsache der Reichstagsauflösung und der Neuwahlen stand in der Plenartagung unseres Zentralkomitees noch nicht zur Verhandlung. Aber alle die Aufgaben, die im Referat des Parteiführers wie in der Diskussion der Mitglieder des Zentralkomitees und in den Beschlüssen der Partei gestellt werden, erhalten durch die Reichstagsauflösung und die Neuwahlen nur eine verstärkte Bedeutung. Ja, wie richtig die Parteiführung die Probleme der politischen Entwicklung und der Aufgaben des revolutionären Klassenkampfes gestellt hat, das ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß die neueingetretene Wendung auf der Grundlage der Reichstagsauflösung die KPD als einzige Partei in keiner Weise überrascht, sondern lediglich ihre Beschlüsse bestätigt.

Im Gegenteil: Alle Aufgaben, die das Plenum des ZK gestellt hat, alle politischen Entscheidungen, die es faßte, gewinnen jetzt im Zusammenhang mit der Auflösung des Parlaments nur ein doppeltes Gewicht.

Die KPD brauchte als einzige Partei auf Grund der neuen politischen Situation nicht, gleich der Sozialdemokratie, den übrigen bürgerlichen Parteien oder den Faschisten, irgend welche Manöver durchzuführen. Sie ist zum Kampf gerüstet. Sie war es, ehe die Krise des Parlaments, die ja nur ein Ausdruck der tieferen Klassenkrise des kapitalistischen Deutschland ist, in ihr akutes Stadium trat.

Ihre Politik ist durch die Beschlüsse des Zentralkomitees klar vorgezeichnet. Sie gilt der Entfachung des revolutionären Massenkampfes für die proletarische Lösung der Krise des kapitalistischen Systems, für den proletarischen Ausweg aus der drohenden Katastrophe. Der kommende Wahlkampf der Kommunistischen Partei Deutschlands wird deshalb gleichfalls lediglich im Dienste der Mobilisierung der breitesten werktätigen Massen für diesen Kampf stehen, der sich gegen Young-Deutschland, diese Sklavenkolonie des internationalen und deutschen Finanzkapitals, gegen Massenelend und Faschismus richtet und dem Ziel eines freien sozialistischen Deutschland gilt.

Das Referat des Genossen Thälmann auf dem Plenum des ZK rollte die Fragen des Kampfes auf. Ausführlich behandelte er die tiefe fortschreitende Wirtschaftskrise im Weltmaßstab wie in Deutschland, und zeigte vor dem Zentralkomitee die verschiedenen Erscheinungen auf, in denen sich schon heute das Umschlagen der Wirtschaftskrise in die politische Krise des kapitalistischen Systems widerspiegelt. Im Referat wie in der politischen Resolution wurde das Problem des Wettlaufs zwischen den zwei Entwicklungstendenzen des Faschismus und des Sozialismus klar umrissen.

Mit besonderem Ernst unterstrich Genosse Thälmann jenen Grundsatz Lenins, daß es für den Kapitalismus auf Grund der allgemeinen objektiven Bedingungen und Krisenfaktoren allein — mögen sie noch so stark an den Grundfesten des kapitalistischen Systems rütteln — keine absolut ausweglose Situation gibt, sondern daß nur der subjektive Faktor, der revolutionäre Massenkampf des Proletariats und der übrigen Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Partei, imstande ist, die Bourgeoisie endgültig zu schlagen und den Sieg für das Proletariat zu entscheiden. Das erhöht die historische Verantwortlichkeit der Kommunistischen Partei. Nur wenn sie mit allem Ernst und seiner, besonders auch öffentlicher bolschewistischer Selbstkritik alle Schwächen und Mängel ihrer Arbeit jederzeit überwindet und dadurch erst recht ihre Schlagkraft und Kampffähigkeit immer von neuem steigert und stählt, kann die Partei ihre gewaltigen Aufgaben meistern.

Alle objektiven Bedingungen für den siegreichen Vormarsch sind gegeben. Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft nährt in den Massen den Willen, aus der drohenden Katastrophe einen Ausweg zu suchen. Der Parlamentarismus und die gesamte Politik der alten bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie stoßen bei den breiten Massen auf wachsendes Mißtrauen. Ein großer Umschichtungsprozeß hat begonnen.

Diese Zersetzung, die zu den schärfsten Differenzen im bürgerlichen Lager, zu den vielfältigen Erscheinungen der politischen Krise führt und die Radikalisierung der Massen bewirkt, zeitigt im dialektischen Prozeß der Verschärfung der Klassengegensätze einerseits die Offensive des Faschismus, anderseits die Sammlung der proletarischen Klassenkräfte im Lager der Revolution. Von größter Wichtigkeit ist die führende Rolle, die das Zentrum bei der Durchführung des faschistischen Kurses der Bourgeoisie inne hat.

Die sächsischen Landtagswahlen, deren Ergebnis Genosse Thälmann einer sehr gründlichen Analyse unter kritischer Beleuchtung unserer Politik und Arbeit unterzog, beweisen, daß es der skrupellosen nationalistischen und raffinierten sozialen Demagogie der Hitler-Partei gelang, auch breite werktätige Schichten, die schon mit der offen kapitalistischen Politik der alten bürgerlichen Parteien und dem Klassenverrat der Sozialdemokratie brechen, noch für ihre Zwecke einzufangen. Die Nationalsozialisten erzielen diese Erfolge, indem sie den Massen den angeblichen „Ausweg" aus der kapitalistischen Krise durch die Phrasen über das „dritte Reich" vorgaukeln.

Die KPD ist die einzige antifaschistische Kraft, die diesen Volksbetrug der faschistischen Unternehmerknechte zerschlagen kann. Denn sie als einzige revolutionäre Partei des arbeitenden Deutschland kann allein einen wirklichen Ausweg aus der Katastrophe, die proletarische Lösung durch den Sturz des kapitalistischen Systems und den Sieg des Sozialismus aufzeigen.

Genosse Thälmann deckte mit fester Hand die Schwächen unserer Arbeit in Sachsen auf, die zu dem dortigen unbefriedigenden Wahlergebnis — wenn auch die KPD als einzige Partei neben den Nationalsozialisten einen Stimmenzuwachs erzielt hat — führten. Die ungenügende Aufrollung und Propagierung unseres revolutionären Endziels, des proletarischen Weges zur Zerreißung der Ketten des räuberischen Young-Plans durch den Sieg der Revolution, die fehlende Konzentration der Partei auf die Auslösung und Führung der Wirtschaftskämpfe, die ungenügende Einheitsfrontpolitik gegenüber den SPD-Arbeitern bei Verschärfung des Kampfes gegen die „linken" SPD-Führer, der Tempoverlust im Kampf gegen den Faschismus und die Nichtdurchführung einer Wendung zu neuen volkstümlichen Methoden der Massenagitation und -propaganda mit einer wirklichen ernsten Berücksichtigung der am meisten ausgebeuteten Schichten der Arbeiterinnen und Jugend, sowie der schaffenden Bauern und des werktätigen Mittelstandes — das waren wichtige Hemmnisse für die Partei.

Einen breiten Raum in der Arbeit des Plenums des ZK sowohl im Referat wie in der Diskussion nahm die Frage der Erfahrungen der Wirtschaftskämpfe, die Tätigkeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition und ihrer Probleme ein. Die Lehren der Kämpfe von Mansfeld und Nordwest wurden gezogen, die ebenso wie die großen Lehren der Betriebsrätewahlen eine besondere Schule für die Partei sind. Genosse Thälmann stellte als wichtigste Probleme die Notwendigkeit, eine politische Ideologie in der RGO und in den Massen für die revolutionäre Streikstrategie zu entfalten, die Rolle der Erwerbslosen in den Kämpfen, Schulter an Schulter mit den Betriebsarbeitern nach dem Mansfelder Beispiel verstärkt herauszuarbeiten, den Kampf gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, ihre Arbeitsgemeinschafts- und Streikbruchpolitik, insbesondere auch vor den Verbandstagen in den Gewerkschaften zu steigern. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß den Spaltungskurs der Reformisten vor den Massen entlarven und als Vorkämpferin der Einheit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften die Massen sammeln. Eine solche wirkliche Verstärkung der ernsten Arbeit der RGO wird sie zu dem entscheidenden Faktor, zur alleinigen Führung im täglichen Klassenkampf des Proletariats machen, fähig, die Lebensinteressen der Arbeiterklasse siegreich zu verfechten.

Die Plenartagung des Zentralkomitees stand im Zeichen der vollen Einmütigkeit und festen Geschlossenheit der Partei. Einstimmig erklärte das Plenum des Zentralkomitees seine restlose Billigung und Zustimmung zu den Beschlüssen des Sekretariats und des Pol-Büros im Fall Merker. Genosse Merker selbst stimmte der Resolution, die die Pol-Büro-Resolution vollinhaltlich billigt, zu und drückte seine Bereitwilligkeit aus, in einer öffentlichen Erklärung seine Kapitulation von der richtigen Politik und Auffassung der Partei zum Ausdruck zu bringen.

Die Einheit und Einmütigkeit der Partei, wie sie auf dem Plenum zum Ausdruck kam, steht im schroffen Widerspruch zu den Krisen, von der alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten und Sozialdemokratie bedroht sind. Sie ist ein Ausdruck der Konsolidierung der revolutionären Klassenkräfte des Proletariats, sie ist ein Unterpfand mehr für unseren unaufhaltsamen Vormarsch.

Der Ernst, mit dem das Plenum des Zentralkomitees die gesamten Erfahrungen und neuen Methoden unserer revolutionären Massenarbeit einer kritischen Prüfung unterzog, zeigt die gewachsene Reife unserer Partei. Die scharfe bolschewistische Selbstkritik ist eine der wichtigsten Waffen der KPD gegen die Klassenfeinde des Proletariats. Dient doch unsere rückhaltlose bolschewistische Selbstkritik der Entfaltung der kreatives revolutionären Initiative der Massen. Wir müssen immer besser lernen, den Massen zu helfen und müssen zugleich verstehen, aus den Massen selbst auch außerhalb der Partei neue Kräfte zu gewinnen. Hebung und Auffrischung der Kader der Partei auf Grund unserer revolutionären Arbeit, zur Hebung unseres innerparteilichen Lebens in engster Verbundenheit mit den Massen der Massen zu gewinnen. Der Ausbau und die Vertiefung des politischen Lebens unserer Betriebszellen als des politischen Zentrums unserer Parteiarbeit im Betrieb bedarf der weitgehenden Förderung.

Die KPD ist die Klassenpartei des deutschen Proletariats. Aber sie verteidigt nicht allein die Interessen der Industrieproletarier und Erwerbslosen, der Arbeiterinnen und proletarischen Jugend, sie ist auch die einzige Führerin im Kampf aller übrigen werktätigen Schichten. Sie allein kann den darbenden Angestellten und Beamten, denen der Monopolkapitalismus mit der Vernichtung bedrohten selbständigen Bauern und werktätigen Mittelständlern einen Ausweg aus ihrer Not aufzeigen. Die Plenartagung unseres Zentralkomitees, die auch die Fragen dieser Schichten der arbeitenden Bevölkerung behandelt, wird ein Auftakt sein zur weiteren Entfaltung aller Kräfte der werktätigen Massen für den Befreiungskampf aus dem Massenelend der Young-Sklaverei.

Steigerung des prinzipiellen Kampfes gegen den Sozialfaschismus, politischer und weltanschaulicher Massenkampf gegen den Faschismus, bei gleichzeitigem Ringen um die Arbeiter, die heute noch im Lager der SPD oder unter dem Einfluß der Hitler-Partei stehen, — diese Aufgabe steht vor uns.

Die KPD ist zum Kampf gerüstet. Sie wird auch im kommenden Wahlkampf ihre Rolle als Führerin der ausgebeuteten hungernden Millionen erfüllen, als Partei der proletarischen Revolution!

Neues ungeheuerliches Klassenurteil gegen revolutionäre Arbeiter

11 Arbeiter zu insgesamt 71 Monaten Gefängnis verurteilt

Zwickau, den 21. Juli.

Vor dem großen gemeinsamen Schöffengericht Zwickau fand heute eine Verhandlung wegen der Vorgänge vom 6. März in Schwarzenberg statt. Angeklagt waren 15 Arbeiter. Der Staatsanwalt beantragte gegen Gen. Ernst Scheffler 1 Jahr Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten 10 und 6 Monate Gefängnis. Das Gericht fällte in den späten Abendstunden nachfolgendes ungeheuerliches Klassenurteil:

Die Angeklagten Ernst Scheffler, Hielarius Kopp, Alwin Baumann, Alwin Böhm und Konrad Elbisch je 7 Monate Gefängnis.

Johann Maleschofsky, Erich Türschmann, Martin Poßn, Johannes Prugner, Fritz Bauer, Max Fregin je 6 Monate Gefängnis.

Die Angeklagten Ernst Korb, Alfred Gruber, Ernst Leysch und Alfred Dreßler wurden freigesprochen.

Weiteres Klassenurteil

Freiberg, den 21. Juli.

In dem Prozeß gegen die von den Nazis überfallenen Arbeiter von Packau-Langefeld wurde folgendes Urteil verkündet: Max Kaischer 14 Tage Gefängnis; Uhlig 10 Tage Gefängnis; Enzmann 7 Tage Gefängnis; 9 Angeklagte werden freigesprochen.

Waffenverbot gegen Arbeiter

Berlin, den 23. Juli.

Das Kabinett des schwarzen Kanzlers Brüning ist gestern nachmittag zusammengetreten, um mit dem Diktaturartikel 48 eine Verordnung des Reichsinnenministeriums zu erlassen, die das Verbot des Waffentragens auf das Reich ausdehnt. Bekanntlich hat die preußische Koalitionsregierung dieses Verbot angeregt. Die kommunistische Presse hat die Arbeiter bereits gewarnt, da sich dieses Verbot lediglich gegen die Arbeiter richten wird, die sich gegen faschistische Mordüberfälle zur Wehr setzen.